

Haushaltsrede

Der Fraktion „Freie Wähler“

Zum Haushaltsplan der Stadt Bruchsal 2021

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
wehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren!

Dies ist meine erste Haushaltsrede vor diesem Gremium. Ich bedanke mich für das Vertrauen meiner Fraktion. Normalerweise hätte ich in den Wochen vor Weihnachten gar keine Zeit, mich so intensiv zu engagieren. Doch Corona gibt mir einen zeitlichen Spielraum, den ich nutze, betriebswirtschaftlich und organisatorisch viel zu überdenken und neu zu strukturieren.

So ist auch unsere Kommune nicht verschont von zusätzlichen Aufgaben, Umstrukturierungen und Anpassungen in Verbindung mit der Pandemie, deren Maßnahmen wir mittragen.

Dank eines tollen Teams um Herrn Stadtkämmerer Golka, das in den letzten Jahren eine sehr gute Arbeit

geleistet hat und den Ausgleichszahlungen des Bundes und des Landes sowie eine Steuernachzahlung von 11 Millionen für 2018, sowie erheblichen Mehreinnahmen an Gewerbesteuer, trifft uns diese Pandemie aber nicht so hart wie am Anfang befürchtet.

Wir schließen den Haushalt 2020 deutlich besser ab als erwartet und schaffen dafür eine Basis, das kommende Jahr und auch die finanziell schweren Folgejahre trotz höherem Aufwand gut zu überstehen.

Deshalb müssen wir uns gut überlegen, wo wir unsere Prioritäten setzen, sieht der Haushalt 2021 doch eine Neuverschuldung von 11 Millionen Euro vor.

Viele bauliche Maßnahmen sind auf den Weg gebracht und stehen kurz vor der Fertigstellung, so z. B. die Bahnunterführung, Sporthalle Bahnstadt, Sanierung Konrad Adenauer Schule, neue Räumlichkeiten Hebelschule, Brücke Moltkestraße. Was uns aber zukünftig weiter beschäftigen wird, ist der Neubau der Kindergärten in Heidelberg, Untergrombach und in hoffentlich naher Zukunft auch in Büchenau. Die Historie des Neubaus Heidelberg sollte uns aber gelehrt haben, dass wir zukünftig gerade in Verhandlungen mit den kirchlichen Trägern eine andere Verhandlungstaktik an den Tag legen müssen, um geplante Kosten im Griff zu halten. Standardisierte Bauweisen und das bessere Ausnutzen von

Baufenster, wie in Untergrombach, können hier ein neuer Maßstab sein. Auch stellen wir fest, dass immer die gleichen Architekten bei Planungsleistungen zum Zuge kommen. Vielleicht aus Bequemlichkeit? Andere haben auch gute und vielleicht kostengünstigere Ideen. Wo sind die Richtlinien geblieben, die wir einmal für die Vergabe von Architektenleistungen festgelegt haben geblieben?

Wir fordern im Hinblick auf die Renovierung der Albert Schweitzer Realschule, den politischen Willen des Landes, der sich auch höchstwahrscheinlich nach den Wahlen im März nicht groß verändern wird, nicht aus den Augen zu verlieren. Dieser sieht vor, die Inklusion voranzutreiben. Das heißt für uns, dass eventuell frei werdende Räume der Pestalozzischule in den Umbau und die Renovierung der Albert Schweitzerschule mit einbezogen werden müssen. Einen Neubau auf dem alten Umspannwerk halten wir finanziell für nicht realisierbar. Aus diesem Grund sind für einen Neubau keine Planungskosten einzustellen. Den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab dem Jahr 2025 müssen wir sofort in künftige Planungen einbeziehen.

Und wenn wir schon beim Bauen sind. Eine zentrale Hafenmeisterei, und hier greife ich Ihre Symbolik der Haushaltsrede auf, Frau Oberbürgermeisterin, wäre für die Effektivität von Arbeitsabläufen innerhalb der Verwaltung und des Servicegedanken für unsere Bürger von großem Vorteil. Mit dem Orbinstraßengrundstück können wir langfristig viele Abteilungen unseres Rathauses zusammenlegen. Dies erspart uns nicht nur Miete, die wir für Fremdanmietungen ausgeben, sondern wir wären auch in der Lage Eigentum zu vermieten oder zu veräußern. Vor Jahren haben wir aus Kostengründen aus vier Rathäusern zwei gemacht. Jetzt sind wir wieder auf dem alten Stand. Deshalb sollten wir nicht mit einer Planung für die Zusammenlegung warten, bis wir wieder eine Haushaltsstrukturkommission einberufen müssen, oder uns das RP darauf hinweist.

Apropos Eigentum: in einer Zeit, in der die Kommunen um uns herum schnell wachsen und damit auch unsere Infrastruktur, wie zum Beispiel Schulen und Verkehr mitnutzen, sollten wir höchsten Wert auf das Vorantreiben der Entwicklung unserer eigenen Baugebiete legen. Auch wenn wir ganz langsam wachsen, geht immer mehr Einkommenssteuer durch den Wegzug von Urbruslern an die umliegenden Gemeinden. Jeder Liegeplatz im eigenen Hafen

generiert mehr Umsatz. Das gilt sowohl für private Yachten aber auch für gewerbliche Frachter. Und wenn wir es einmal geschafft haben, ein Baugebiet zu entwickeln, gilt es, die Umlegungskosten zeitnah, nicht Jahre später in Rechnung zu stellen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin.

Gerade jetzt, wo uns Corona praktisch zwingt, die Digitalisierung rasant voranzutreiben, haben auch Sie erkannt, dass wir hier der Zeit hinterherhinken, was wir übrigens in vergangenen Haushaltsreden immer wieder angemahnt haben. Durch kürzere Wege zwischen den Mitarbeitern in Verbindung mit der Digitalisierung müssen wir in den kommenden Jahren die Aufblähung unserer Personalkosten in den Griff bekommen. 1,5 Millionen Euro mehr Personalkosten in 2021 sind ein Batzen Geld, der so nicht jährlich hinnehmbar ist, haben wir doch erst im bestehenden Haushalt das Personalbudget um 2,5 Millionen erhöht. Wir reden hier von einer jährlichen durchschnittlichen Steigerung von 7 bis 8 %, und das seit 2015. Da hilft auch die Betrachtung des jährlichen sogenannten Minderaufwand von 1 Million Euro nicht weiter. Deshalb fordern wir die Überprüfung der Wertigkeit von Stellenanforderungen, zum Beispiel im Personalamt. Für die Zuarbeit und damit Entlastung

Vorhandener höher dotierter Stellen, bedarf es nicht einer weiteren höher dotierten Stelle.

Und wenn der Prüfbericht der GPA aussagt, dass wir uns im Bereich Umwelt im oberen Level der Stellenausweisungen bewegen, fordern wir zukünftig in diesem Bereich keine weiteren Aufstockungen über die Planung 2020 hinaus vorzunehmen. Und nebenbei bemerkt finden wir es unglaublich, dass man uns bei der Einbringung des Haushaltes 500.000 Euro an weiteren Personalkosten für 2022 unterschlagen hat, und die Erklärung dafür erst auf unsere Nachfrage hin gegeben wurde. Vergessen!

Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Haushaltsrede erwähnen Sie auch den Heimathafen für Familien.

Neben den Kinderbetreuungsplätzen, die uns jährlich ca 15 Millionen Euro wert sind, unseren Schulangeboten, den Freizeiteinrichtungen, unseren Theatern, Bädern und vielem mehr, das wir finanzieren oder zumindest unterstützen, gehören aber auch infrastrukturelle Dinge, wie zum Beispiel ein Parkleitsystem, das wir schon Jahre lang anmahnen oder die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen. Deshalb fordern wir Gelder für die Planung von Plateaueinbauten zur Geschwindigkeitsreduzierung als passive Kontrolle einzustellen, die an signifikanten Stellen die Sicherheit gerade unser jüngsten und

älteren Mitbürger sicherstellen sollen. Dadurch erreichen wir, nicht noch mehr Personal für die Kontrolle binden zu müssen.

Genauso fordern wir, den schon lange in der Planung vorgesehenen Fußgängerüberweg an der Stadtbahnhaltestelle Schlachthof zu realisieren.

Ein eingezäunter Platz, um den auf den Hund gekommenen Mitbürger für sein Tier eine Auslaufmöglichkeit zu bieten sehen wir als sinnvoll an, um Bürger, die Angst vor Hunden haben, vor frei laufenden Hunden gerade auf den an das Stadtgebiet angrenzenden Feldwegen, die als Naherholungsraum für alle Bürger dienen sollen, zu schützen. Dabei schlagen wir vor, die Hundebesitzer, die diesen Platz nutzen und auch pflegen sollten, von der Hundesteuer zu befreien. Die Höhe der Hundesteuer rechtfertigt nicht den Einsatz städtischer Mitarbeiter für die Pflege einer solchen Anlage.

Genauso wie sich viele Menschen von frei laufenden Hunden gestört fühlen, gehen auch manchen die auf engen Waldwegen entgegenkommenden Mountainbiker auf die Nerven. Deshalb beantragen wir die Ausweisung eines Mountain Bike Trails. Dieser soll es den Nutzern des immer beliebteren Sports ermöglichen, ohne die Sicherheit von Fußgängern und Wanderern im Wald zu gefährden und sensible

Waldbereiche zu zerstören, zu praktizieren. Gespräche hierzu sollten baldmöglichst mit unserem Herrn Durst geführt werden.

Und wenn ich gerade von Sicherheit rede:

Menschen geben etwas von ihrer Lebensqualität ab, wenn sie sich in ihrem Heimathafen nicht wohl und nicht sicher fühlen. Auch wenn dieses Gefühl ein subjektives ist, wird es doch von immer mehr Bürgern so empfunden. Dieses Thema geht uns alle an und die meisten von uns waren schon einmal in einer Situation, in der wir uns ängstlich gefühlt haben. Deshalb sollten wir dieses Thema auf keinen Fall den „Rechtsparteien“ überlassen. Wir beantragen die Einstellung von Mitteln für eine Videoüberwachung am Bahnhofsbereich und der neuen Unterführung und das Erarbeiten konstruktiver Lösungen. Bisher haben wir von Seiten des Rechtsamtes verbal und in ausführlichen schriftlichen Stellungnahmen gehört, weshalb solche Maßnahmen nicht möglich oder nur schwer realisierbar sind. Wir erwarten von Ihnen Möglichkeiten zu suchen, wie etwas gehen kann, und nicht Begründungen zu finden, weshalb etwas nicht geht. Dazu gehört auch, dass wir gegenüber dem Land klarmachen, wo wir die

Aufgaben unseres ortsansässigen Reviers sehen. Es muss eine Kommunikation mit dem Revier stattfinden, bei der man Defizite gemeinsam erarbeitet, um sie beim Land einfordern zu können. Weiterhin erwarten wir Maßnahmen, wie zum Beispiel die Ausleuchtung kritischer Bereiche und das Nutzen von Poolstellen, um unsere eigene Ordnungsbehörde entsprechend zu unterstützen.

Wenn dadurch das Sicherheitsgefühl unserer Mitbürger steigt, sind wir gerne bereit, hier zu investieren.

Wo wir auf Grund von Corona und trotz des erfolgreichen Umzugs in das neue Feuerwehrhaus nicht weitergekommen sind, ist die Neugestaltung unseres alten Feuerwehrhausareals. Auch in diesem Bereich ist es uns wichtig, in 2021 die Weichen für eine sachlich sinnvolle und historisch sensible Lösung zu stellen.

Was ich gerne noch als positiv herausstellen möchte, bevor ich meine Rede schließe, sind die Kreditvergaben an unsere Töchter, um hohe Verwahrkosten an die Banken für zwischengelagerte Guthaben einzusparen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin. Auch an einem sicheren Hafen ziehen oft Stürme vorbei. Ganz schlimm wird es, wenn die Nord- und Südwinde aufeinandertreffen. Dann gilt es, die Taue fester zu ziehen um die Boote im Hafen sicher zu machen. Dabei ist es oft von Vorteil, auch einmal andere Knoten anzuwenden, als die, die man in der Routine bei ruhiger See immer macht. Vielleicht müssen auch zusätzliche Fender ausgelegt werden, die verhindern, dass die Boote im Hafen aufeinanderprallen.

Aber auch bei ruhiger See setzen Boote, die zu lange im Wasser waren, Algen und Patina an. Dann gilt es, sie aus dem Wasser zu nehmen, zu reinigen und eventuell neu zu lackieren, um sie anschließend wieder mit Freude zu Wasser zulassen und auf hohe See zu schicken.

In diesem Sinne stimmen wir freie Wähler dem Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für 2021 und der Finanzplanung für die weiteren Jahre zu. Dies gilt auch für den Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes und der Stiftungen.

Allen, die sich im Sinne unserer Stadt im vergangenen Jahr engagiert haben, ein herzliches Dankeschön der freien Wähler Bruchsal.

Ihnen Frau Oberbürgermeisterin, Herr Bürgermeister, allen Amtsleitern und Geschäftsführern der Töchter, deren Mitarbeiter sowie allen Rathausmitarbeitern wünschen wir noch eine schöne Weihnachtszeit.

Bruchsal, 14.12.2020

Heribert Schmitt

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Freie Wähler Bruchsal